

FSK-Streitgespräch

Ein Streitgespräch zwischen Nette/Romey und de Lorent gibt es im Internet unter: <https://www.freie-radios.net/86972>

Peter de Lorent anders. Das Zustandekommen des fast einstimmigen Beschlusses der Gleichschaltungsversammlung der „Gesellschaft der Freun-

de“ am 27. April 1933 nannte er noch 2008 „*verhältnismäßig geräuschlos und geschmeidig*“ und konstatierte „*mangelnde Zivilcourage*“ bei den Verant-

wortlichen der Lehrgewerkschaft. Heute dagegen findet Hans-Peter de Lorent, müsse die GEW Max Traeger dafür „*dankbar sein*“. Nach der Vorstellung seiner Traeger-Biografie erklärte er uns lächelnd: „*Ich habe dazu gelernt*“.

BERNHARD NETTE
STEFAN ROMEY

VERBANDSGESCHICHTE 2

Suggestion statt Information

Zum Streit um die Geschichte der GEW und deren langjährigen Vorsitzenden Max Traeger

In Zeiten, in denen politische Reaktionäre und Figuren wie die Gaulands und Höckes verkünden, man müsse die kritische Erinnerungskultur in Deutschland aus dem öffentlichen Bewusstsein tilgen, könnte dem aktuellen Streit um die historische Rolle des langjährigen GEW-Vorsitzenden Max Traeger vor und nach 1945 eine gute Seite abgewonnen werden. Er beweist, dass wir uns in unserer Gewerkschaft um ein Verschweigen irgendwelcher (selbst nur imaginiertes) Untaten in und nach der NS-Zeit oder eine politische Passivität der Mitglieder keine Sorgen machen müssen.

Allerdings ist ärgerlich, wie dreist in unserer Organisation Fehlinformationen (nicht nur über die Person des GEW-Vorsitzenden M. Traeger) als Wahrheiten präsentiert werden. Mir fallen Fehler und Verdrehungen in den Publikationen umgehend

Dokumentarisch belegte, konkrete, d.h. verifizierbare bzw. falsifizierbare Vorwürfe gegen den früheren Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ und dann die GEW bringen die Kritiker diesmal kaum vor. Sie zielen darauf, ihn und sein Umfeld irgendwie in „die rechte Ecke“ zu schieben. Selbst das Fazit des HLZ-Artikels über „Max Traeger“ bleibt auf diesem Niveau, wenn es dort heißt, jener habe „*nicht opponiert*“, sondern „*sich immer tiefer in den Sumpf der ... Zusammenarbeit mit einer verbrecherischen Organisation begeben*“.

Dem stehen Aussagen von Weggefährten Max Traegers

und von Zeitzeugen gegenüber, die diesem ausnahmslos eine antinazistische Gesinnung, Beteiligung an einer Widerstandsgruppe und große Verdienste bei Wiederaufbau und Leitung eindeutig demokratischer Lehrerorganisationen bescheinigen. Die Kritiker Traegers wischen solche, ihren Pauschalvorwürfen diametral entgegenstehende Zeugnisse etwa als unkritische „*belletristische Schrift*“ „*ohne quellenkritischen Abgleich*“ sowie als „*Lob- und Trauerreden enger Kollegen und Freunde ... auf extrem niedrigem Niveau von der Beweiskraft von Beurteilungen durch Familienangehörige*“ vom Tisch. Abgesehen davon,

auf, da ich u.a. als Mitbegründer des Schulmuseums und des Vereins zur Erforschung der Hamburger Schulgeschichte sowie als Mitarbeiter an der Jubiläumsschrift „175 Jahre Gesellschaft der Freunde“ viele Akten und Veröffentlichungen zur Geschichte der GEW kenne. Deshalb konnte ich in der HLZ 12/1916 und 1-2/2017 dokumentarisch belegen, wie die Kollegen B. Ortmeier, B. Nette u.a. Falschmeldungen über vermeintliche Klagen von Opfern eines angeblich beispielhaften Verbrechens, einer erwiesenen verbrecherischen „Arisierung“ in Hamburg verbreiteten. In einem neuen HLZ-Artikel „Max Traeger - kein Vorbild“ (HLZ 11/2017) fielen mir wiederum Unstimmigkeiten und Verdrehungen auf, deshalb entstand der vorliegende Text.

DER VERFASSER

dass auch Aussagen von „Familienangehörigen“ Beweiskraft haben können, lässt sich der eingeforderte Abgleich liefern.

Der Nachfolger Max Traegers im Amt des Hamburger GEW-Vorsitzenden, Hermann Lange, schrieb 1980 in dem Band „175 Jahre Gesellschaft der Freunde“ z. B. über das Wirken des Untergrundvorstandes der „Gesellschaft“ und M. Traegers vor und nach der Kapitulation 1945:

„*Diese wenigen, angeführt von den früheren Vereinsproponenten Traeger und Niebank aus den zwanziger Jahren und Richard Ballerstaedt, Herzer und Wiencken, wurden sofort bei der englischen Besatzungsmacht*

vorstellig, um die Genehmigung zu erhalten, für Schule und Lehrerschaft wieder tätig werden zu dürfen. Da sie von den Mitgliedern des alten Vorstandes von vor 1933, die während der gesamten 12 Jahre ihren Zusammenhalt bewahrt und gepflegt hatten, legitimiert worden waren, sich sofort einzuschalten, erreichten sie - unbelastet von der NSDAP - noch im Mai 1945 die Zustimmung der Militärbehörden zu ihrem Begehren [z. B. der Wiederzulassung der „Gesellschaft“]. Etwas Derartiges hat sich an keinem Ort der britischen Zone ereignet, von der französischen und amerikanischen Zone ganz zu schweigen. ... Max Traeger und Richard Ballerstaedt, altbewährte Parlamentarier der Bürgerschaft zwischen 1919 und 1933 und prominente Repräsentanten unseres Lehrervereins, fanden nicht nur bei den für das Schulwesen aufgeschlossenen Engländern Resonanz, sondern auch bei den ihnen vertrauten Kollegen aus den Gewerkschaften aus der Vor-NS-Zeit“.

Diese Darstellung kennen die Traeger-Kritiker ebenso wie den bereits 1946 publizierten

Faksimile). Da er zeitnah entstand und alle Beteiligten noch lebten, ist er besonders glaubwürdig.

Dieser Bericht bestätigt, dass M. Traeger während der NS-Herrschaft regelmäßig an getarnten Treffen mit vertrauten Kollegen teilnahm. (Wenn er sich erst 1940 diesem Kreis anschloss, wie ein Kritiker andeutet, bedeutet dies, dass er die illegale Arbeit aufnahm, als diese lebensgefährlich wurde.)

Diese erfahrenen Gewerkschafter bereiteten „feste Abma-

An Traegers neuer Schule waren „gar nicht nur so stramme Nazis“

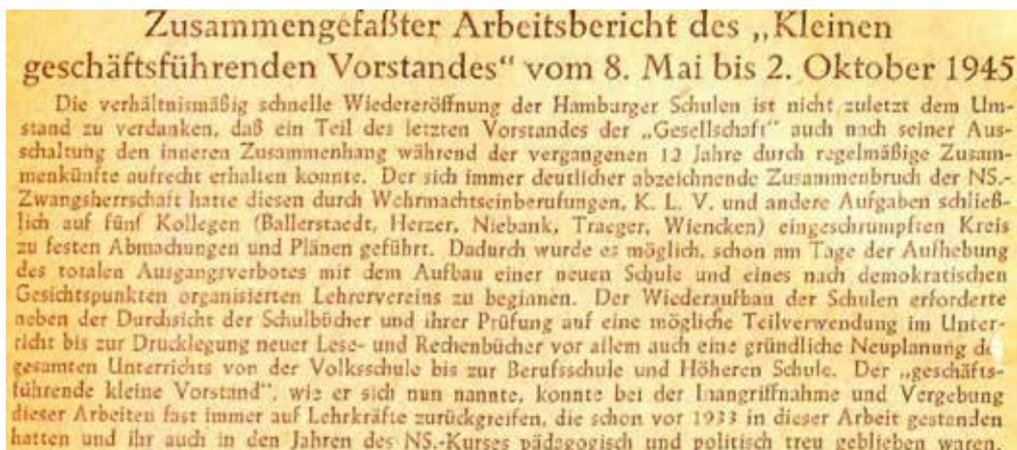
chungen und Pläne“ für die Zeit nach dem Ende der Nazi-Diktatur vor. Es ging um den „Aufbau einer neuen Schule und eines nach demokratischen Gesichtspunkten organisierten Lehrerverein[s]“. 1945 gelang eine schnelle Kontaktaufnahme und Kooperation dieser erwiesenen Nazigeegner mit den britischen Behörden ebenso wie die Aufnahme der

der der „Gesellschaft“ und der Vorstand „auf Lehrkräfte zurück ..., die schon vor 1933 in dieser Arbeit gestanden hatten und ihr auch in den Jahren des NS-Kurses pädagogisch und politisch treu geblieben waren.“

Blöße Lobreden oder Phantasiengeschichten sind dies nicht. Die Veröffentlichung des Artikels im „Mitteilungsblatt“ erfolgte nach genauer Vorentscheidung durch die Besatzungsmacht.

Wie demokratisch es in der wiederbelebten „Gesellschaft“ zuzuging, zeigt die hohe Beteiligung der Mitglieder. Die Ausschüsse der aus den genannten Gründen schnell zugelassenen „Gesellschaft“ hielten von Mai 1945 bis Juni 1946 bereits 199 Sitzungen ab!

Als Max Traeger durch das Vertrauen seiner wohl unbestrittenen antinazistischen Mitstreiter zum neuen Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ gewählt wurde, kümmerte er sich um die Versorgung hungernder Kinder mit warmer Suppe, die Beschaffung von Schuhen für barfußlaufende Schüler, die Beschaffung von Schulräumen und Wohnraum für die vielen aus-



Widerstandsgruppe mit Traeger plant und ermöglicht schnelle Wiederöffnung der Schulen.

Aus: „Mitteilungsblatt“, Nr. 2 v. Mai 1946

„Arbeitsbericht“, der H. Langes Aussagen bei einem „Abgleich“ bestätigt und präzisiert (siehe

Arbeit u. a. an neuen Lehrplänen und Schulbüchern. Dabei griffen Max Traeger als neuer Vorsitzen-

gebombten und in ungeheizten Räumen lebenden Lehrerfamilien. Gleichzeitig förderte Max

Traeger als Vorsitzender der „Gesellschaft“ zudem den Wiederaufbau einer demokratischen Lehrerorganisation sowie die Reinigung der Unterrichtsinhalte von nazistischem Gedankengut.

Das „grauenhafte“ Erbe des Dritten Reiches sowie die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden dabei weder entschuldigt noch verdrängt. Bereits in den ersten Verlautbarungen der „Gesellschaft“ geißelten Autoren die verbrecherischen „Wertmaßstäbe des Nationalsozialismus“ wie „absoluter Staat, Militarismus, Rassenhaß“ sowie „Gleichschaltung, Propaganda, Terror“. Auch die „verhängnisvolle Politik [der] Aufrüstung und [des] verbrecherisch entfesselten ruchlosen Angriffskrieges“ der Nazis blieb von der Kritik nicht ausgespart. Unter dem Vorsitz Max Traegers rief der Vorstand der „Gesellschaft der Freunde“ im April 1947 zudem zur Wiederbelebung der Friedenserziehung und zur Erziehung zur internationalen Verständigung auf. Dies sei „angesichts der furchtbaren Folgen von Machtpolitik und Gewaltanwendung ... für uns Lehrer eine Selbstverständlichkeit.“

Als Vorsitzender der „Gesellschaft“ verantwortete Max Traeger diese Positionen nicht nur in Hamburg. Bei der Vertreterversammlung zur Gründung des „Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes“ in der britischen Zone am 9. und 10. Januar 1947 in Detmold förderte er als erster Vorsitzender und Versammlungsleiter darüber hinaus die Selbstkritik der Lehrerschaft z. B. durch einen Vortrag von Ernst Müller. Dort „wurde auch eine ernste Abrechnung mit dem Lehrerstand gehalten, vor allem mit denen in Schule und Organisation, die Schulung statt Schule, Abrichtung statt Bildung, Marschieren statt Persönlichkeitsentwicklung brachten, die Jugendseelen vergifteten und mordeten.“ Dies

waren keine bloß rhetorischen Floskeln: „Der lebhaftige Beifall nach einem stillen Augenblick der Ergriffenheit zeigt[e], wie die Versammlung sich von den Ausführungen des Redners angesprochen fühlte.“

*Weil beweisbare
Anklagepunkte gegen
M. Traeger fehlen,
polemisieren dessen
Kritiker ersatzweise gegen
die Parteien, denen jener
angehörte*

Es bleibt unbegreiflich, wie trotz dieser bekannten Sachverhalte von Traeger-Kritikern ausposaunt wird, es handle sich bei diesem vorbildlichen Wirken vor und nach 1945 um die Betätigung eines „Mitläufers“ oder „kleinen Nazis“ bzw. um einen Beitrag oder das Dulden einer „Renazifizierung“.

Bereits diese wenigen Beispiele machen sicherlich deutlich, dass die Beweiskraft der Vorwürfe und Verdächtigungen von Max Traeger - milde formuliert

Wrangelstraße, an die M. Traeger 1933 nach seiner Entlassung aus dem Amt des Schulleiters zwangsversetzt worden war.

Dazu zitieren Kollege B. Netze u.a. in der HLZ Dietrich Rothenberg, der ebenfalls an diese Schule zwangsweise umgesetzt war. Er wird aber nur verkürzt zitiert:

„Wie kam Traeger mit den dortigen Gegebenheiten zu recht? Dietrich Rothenberg hatte hierzu berichtet: 'Die neue Schule, an die ich dann kam, die Knaben-Volksschule Wrangelstraße, war im Gegensatz zu meiner alten Schule eine richtige Nazi-Schule.'“

Soweit wird korrekt zitiert, aber die Kollegen setzten das Zitat nicht fort. Damit machten diese Kritiker den Geschmähten als Angehörigen einer „richtigen Nazi-Schule“ einmal mehr verdächtig. Aber auch hier zeigt sich beim Nachprüfen, wie selektiert und nur Genehmes vorgebracht wird. Denn weiter heißt es in Rothenbergs Bericht:

„Der Schulleiter war ein strammer Deutschnationaler, der mich nur zum Unterricht für die untersten Klassen zuließ.“

Der dritte Versuch der Senatsbildung

Wie wir hören, hat der unter Führung der Nazis unternommene dritte Versuch zur Neubildung eines Senats, gestützt auf die Parteien von den Nazis bis zur Staatspartei, zu abschließenden Vereinbarungen zwischen diesen Parteien geführt. Es soll nunmehr ein Senat aus neun Mitgliedern gebildet werden, von denen die Nazis vier, Deutschnationale und Staatspartei je zwei Mitglieder und die Volkspartei ein Mitglied stellen. Die Nazis haben ihren bisherigen Bürger-

„Von den Nazis bis zur Staatspartei“ heißt nicht nazifizierte Staatspartei (Falschmeldung). Aus: „Hamburger Echo“ (SPD) vom 2.3. 1933

liert - selbst bei scheinbaren Nebensächlichkeiten stets zu prüfen ist. Dies belegt auch folgendes Exempel. Dabei geht es um die Verhältnisse an der Schule

... Am schlimmsten aber war für mich, dass an dieser Schule wieder geprägt wurde. ... An dieser Schule waren ansonsten gar nicht nur so stramme Na-

zis, obwohl bis auf zwei alle in der Partei waren. Ich würde die eher billigend, sich einordnend beschreiben. Von diesen 150-prozentigen Rumschreibern hatten wir eigentlich nur zwei an der Schule.“ (Dieses Gesamtzitat mag `Engagierte` wohl auch deshalb stören, weil es indirekt zeigt, wie eine Mitgliedschaft selbst in der NSDAP durchaus kein eindeutiges Indiz für eine „stramme“ Gesinnung liefert.)

Ein weiteres Beispiel für die Methode des Suggestierens einer Sympathie Max Traegers bzw. der Staatspartei, der er als Abgeordneter angehörte, für die Nazis, zeigt ein von unseren genannten Kollegen in einem HLZ-Artikel präsentierter Ausriss aus dem sozialdemokratischen „Hamburger Echo“ vom 2.3.1933. Dort lautete die Schlagzeile, „Nazi - Staatspartei über Senatsbildung einig“.

Wie der dazugehörige Artikel zeigt, war hier aber nicht von einer nazifizierten Staatspartei die Rede, sondern von Nazis einerseits und DStP andererseits: „Wie wir hören, hat der unter der Führung der Nazis unternommene Versuch zur Neubildung des Senats, gestützt auf die Parteien von den Nazis [über DNVP und DVP] bis zur Staatspartei, zu abschließenden Vereinbarungen geführt.“

Zudem verschweigen unsere Kollegen, dass die DStP diese Meldung als unzutreffend bezeichnete und das „Echo“ am folgenden Tag eine Falschmeldung einräumte. Das SPD-Blatt hatte bereits vorher berichtet, welcher „Kampf in der Staatspartei“ um die Beteiligung an einer Senatsbildung „tobte“ und vor allem, welche Motive die knappe Mehrheit der Befürworter hatte: Sie glaubte, „den Nazis Bindungen auferlegen zu können“, z. B., indem sie durch Koalitionsverhandlungen verhinderte, dass ein rabiater Nazi die Polizei befahlige. Und wenn der Wirtschaftsflügel der Libe-

ralen durch eine Koalition die Autarkiebestrebungen der Nazis bremsen wollte, ließe sich auch daraus keine Nazisympathie ableiten. Die Beteiligung an der Senatsbildung beruhte wohl eher auf der 1933 weitverbreiteten Illusion, Schlimmes verhindern zu können. Solche Informationen passten aber nicht zum Zerrbild einer braunen Staatspartei.

Weil beweisbare Anklagepunkte gegen M. Traeger fehlen, polemisieren dessen Kritiker ersatzweise gegen die Parteien, denen jener angehörte. Dies stellt keine strukturgeschichtliche Unterfütterung der Kritik dar. Zudem bleibt jeweils völlig offen, welche Auffassungen M. Traeger in den Parteien einnahm, ob er zu kritisierende Positionen teilte.

Richtig ist hier zwar, dass die Deutsche Demokratische Partei, die Traeger in Hamburg lange als Bürgerschaftsabgeordneter vertrat, sich 1930 (aus wahltaktischen Gründen) auf Reichsebene mit dem in Teilen nationalistischen und antisemitischen „Jungdeutschen Orden“/NV zur Deutschen Staatspartei zusam-

menschluss. Aber wer – wie die „Traeger“-Kritiker – weiß, dass dieses Bündnis bereits nach nicht einmal vier Monaten wieder zerbrach, sollte doch nicht ein Umfallen nach rechts und eine „politische Neuausrichtung“ behaupten.

Den Zusammenschluss hatte 1930 die Berliner Parteiführung eingefädelt. Von dem Hamburger Vorstandsmitglied der Partei, H. Landahl, dem späteren Hamburger Schulsenator, ist bekannt, dass er bereits 1930 öffentlich daran zweifelte, ob es im Vorstand überhaupt Personen gab, die aus innerer Überzeugung für die Gründung der Staatspartei einträten. Er selbst habe zwar mitgemacht, aber nur, damit die Partei nicht bei den Wahlen noch schlechter abschnitt. (Der Wähleranteil der Partei sank bereits von 1919 bis Ende 1930 von 18,5 Prozent auf 3,8 Prozent.)

Wie wenig glaubwürdig die Behauptung eines Umfallens nach rechts ist, zeigen bekannte Parolen und Positionsbestimmungen der DStP aus der (letzten) Reichstagswahl vom

Deutscher Wähler!

Die Todfeinde der Demokratie sind zur Herrschaft gelangt!

Sie wollen, daß das deutsche Volk am 5. März ihre Herrschaft bekräftigt.

Sie wollen, daß der deutsche Republikaner politisch Chulimord begeht.

(...)

Mit dem Nationalsozialismus haben sich die Deutschnationalen, die Vertreter des reaktionären Kapitalismus verbündet – ihr einziges gemeinsames Ziel!!!:

Befeitigung der staatsbürgerlichen Freiheit!

Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitstaates!

(...)

Es geht um die Freiheit!

Es geht um Deutschland!

Der 5. März ist Dein Schicksalstag!

Du wählst Staatspartei Liste

9

Die DStP, Max Traegers Partei, bezeichnete Nazis als „Totfeinde“ der Demokratie. Aus: Buchstab, Günter (Hg.), Keine Stimme dem Radikalismus, Berlin 1984 [„Totfeinde“ – laut Duden]

5.3.1933: „Gegen Hitler-Papen! Gegen Gewalt! Terror! Autarkie-Wahn!“ Sie bezeichneten die Nazis zudem als „Tofteinde der Demokratie!“, deren Wahl bedeutete „Selbstmord“.

Nicht nur in den Texten, auch bei den Abbildungen, die den Artikeln der „Traeger“-Kritiker beigelegt sind, wird den Lesenden dessen Nähe zu rechten Positionen suggeriert.

Irreführend ist im Hinblick auf M. Traeger und die Hamburger Liberalen z.B. das von B. Nette u.a. in der HLZ veröffentlichte Plakat mit der Forderung nach einem Ende der Entnazifizierung. Auch hier wird wieder eine Nähe M. Traegers zur behaupteten „Renazifizierung“ suggeriert. Und wieder verschweigen die Kritiker dabei eine ihnen bekannte Tatsache. Denn tatsächlich war es gerade die Hamburger FDP, die im Gegensatz zu anderen Landesverbänden innerhalb der Gesamtpartei of-

fensiv dafür eintrat, die Entnazifizierung bis zur Erledigung aller Fälle durchzuführen.

Aber zur Stützung der These von einer Renazifizierung war es wohl zu verführerisch, (auch) hier den Stand der historischen Forschung auszublenden. Unter dem Vorsitzenden Traeger sprach die „Gesellschaft der Freunde“ sich zwar für eine „Jugendamnestic“, aber nicht gegen die Entnazifizierung, sondern im Gegenteil für deren Beschleunigung aus.

Ein Exempel für eine gewisse Unbelehrbarkeit mancher Kollegen bietet die von ihnen (im Anschluss u.a. an U. Schmidt vom DL) immer wieder behauptete Möglichkeit einer Alternative zur Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“. Dazu führen sie unverdrossen das Beispiel des „Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbandes“ (ADLV) an, der 1933 angeblich eine Gleichschaltung „verweigerte“

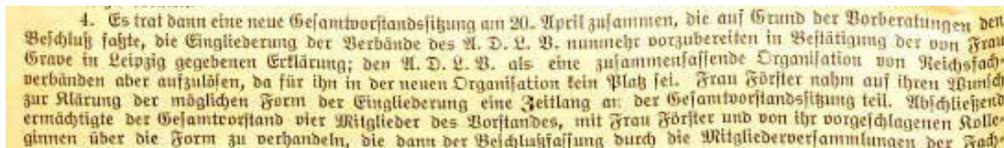
und sich angeblich gegen den Willen der Nazis auflöste. Mutig waren die Frauen zweifellos, aber unsere Kollegen wissen seit langem, dass die Selbstauflösung des ADLV (und in Hamburg von acht weiteren Lehrervereinen!) Absprachen (seit dem 8.4. 1933) mit den Nazis und deren Vorgaben folgte.

Bereits am 20. April 1933 sah der ADLV sich gezwungen, einen Eintritt seiner Teilverbände in den NSLB vorzubereiten, „die zusammenfassende Organisation aber aufzulösen.“ Die Nazis hatten auch an einer gleichgeschalteten Frauenorganisation wie dem ADLV kein Interesse. Eine eigenständige Selbstauflösung auch der „Gesellschaft“ und ihrer Unterorganisationen hatten Nazis hingegen als „unmöglich“ ausgeschlossen.

JÖRG BERLIN

Weitere Informationen:

berlin.joerg@hamburg.de



4. Es trat dann eine neue Gesamtvorstandssitzung am 20. April zusammen, die auf Grund der Vorberatungen den Beschluss fasste, die Eingliederung der Verbände des A. D. V. nunmehr vorzubereiten in Befolgung der von Frau Grabe in Leipzig gegebenen Erklärung; den A. D. V. als eine zusammenfassende Organisation von Reichsfachverbänden aber aufzulösen, da für ihn in der neuen Organisation kein Platz sei. Frau Förster nahm auf ihren Wunsch zur Klärung der möglichen Form der Eingliederung eine Zeilung an der Gesamtvorstandssitzung teil. Abschließend ermächtigte der Gesamtvorstand vier Mitglieder des Vorstandes, mit Frau Förster und von ihr vorgeschlagenen Kolleginnen über die Form zu verhandeln, die dann der Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlungen der Fach-

„Den ADLV als eine zusammenfassende Organisation aber aufzulösen.“ Aus dem Geschäftsbericht der Vorsitzenden des ADLV, Emmy Beckmann, vom 7.5.1933

VERBANDSGESCHICHTE 3

„Blinde Flecken“ werden erforscht

Forschungsprojekte zur Gleichschaltung und zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen auf den Weg gebracht

Die Geschichte der GEW Hamburg ist zum Teil intensiv beforscht und dabei erinnerungspolitisch auch heftig umstritten. Zugleich existieren aber auch

noch „blinde Flecken“, die wenig erforscht und (fast) vergessen sind. Dies nimmt der Landesverband zum Anlass, zwei Forschungsprojekte auf den Weg

zu bringen. Eines beschäftigt sich mit der Gleichschaltung der GEW-Vorläuferorganisation Gesellschaft der Freunde 1933, ein weiteres mit der Rolle der GEW Hamburg bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen im Kontext der Berufsverbote in den 1970er Jahren.

Forschungsauftrag zur Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde (GdF)

Im Kontext der Diskussionen um die Rolle Max Traegers, des ersten Bundesvorsitzenden sowie Vorsitzenden der Gesell-